

„Fünf Jahre Stillstand oder Rückschritt im Natur- und Umweltschutz“

Naturschutzverbände fordern radikale Kehrtwende

Landespressekonferenz der Naturschutzverbände in NRW, 29.04.2010

Sprechzettel Paul Kröfges, BUND Landesvorsitzender:

Umwelt- und Naturschutz gehören neben Wirtschaft, Soziales und Bildung zu den Topthemen der Landtagswahl. „Klimaschutz und Energiepolitik“ sind dabei das dominierende NRW-Umweltthema. NRW hat die rote Laterne beim Klimaschutz, emittiert auch pro Kopf die höchsten CO₂-Mengen Anteile aller Bundesländer. Ursache sind die nicht zukunftsfähige Energieerzeugung auf Basis von Braun- und Steinkohle. Statt konsequent umzusteuern auf Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien hat schwarzgelb in NRW auf neue Kohle – Großkraftwerke in den alten uneffektiven zentralen Strukturen gesetzt, den Ausbau der Windkraft behindert und belegt auch beim Ausbau der Solarstromerzeugung den drittletzten Platz der Bundesländer. Daher fordern wir ein Landesklimaschutzgesetz mit klaren Zielsetzungen: 40 % Reduktion der Treibhausgase bis 2020, 95% bis 2050, flankiert durch verbindliche Maßnahmen – Einsparung, Effizienz, Erneuerbare – in einem Klimaschutzplan der kontinuierlich überprüft und angepasst werden soll. Diese Idee findet erfreulicherweise bereits breite politische Unterstützung.

Selbstverständlich muss wirksamer Klimaschutz alle Bereiche umfassen. Wir sehen hier vor allem in der Verkehrspolitik in NRW erheblichen Veränderungsbedarf. Unsere Forderungen hier: Es darf keinen weiteren Ausbau der Straßeninfrastruktur geben, jeder Winkel des Landes ist mit dem Auto erreichbar und entsprechend zerschnitten – Schluss mit dem Ausbau von A1, A33, A44 und A46! Geld darf nur noch in Substanzerhaltung und den umweltfreundlichen Ausbau der Bahn gesteckt werden. In NRW ist der Wechsel von einem Verkehrsträger zum anderen zu kompliziert, es fehlt der einheitliche Zugang zu allen Verkehrsmitteln, z.B. mit einer NRW-MobilCard.

Unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ ist uns 5 Jahre immer wieder erzählt worden, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und eine Verbesserung der ökologischen Situation in NRW auch für schwarzgelb ein vorrangiges Anliegen sei.

Die Naturschutzverbände in NRW, müssen aber feststellen, dass dies im wesentlichen Lippenbekenntnisse waren – auf allen wichtigen Feldern der Umwelt- und Naturschutzpolitik, auch an nüchternen Fakten und Zahlen festgemacht, herrscht unter schwarzgelb Stillstand oder Rückschritt.

Beispiel Gewässerschutz:

Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hat das Land zwar eine formal korrekte Beteiligung umgesetzt und die Naturschutzverbände über das Wassernetz durchaus auf Augenhöhe beteiligt. Allerdings ist das politisch erzielte Ergebnis ein Trauerspiel. Die Chance, einen entscheidenden Schritt bei der Renaturierung unserer Gewässer nach vorne zu kommen, wurde vergeben. Die Ausnahme wird zur Regel erklärt. Das gilt für die Inanspruchnahme von Fristverlängerungen, geringeren Umweltzielen oder der Missachtung des Verursacherprinzips. So sind mindestens ein Drittel der Grundwasserkörper des Landes mit Nitrat aus der Landwirtschaft belastet, somit in schlechtem chemischen Zustand und die Trinkwasserversorgung partiell gefährdet. Gülle und übermäßige Düngung sind die Hauptursache, als Maß-

nahme zur Verbesserung setzt die Landesregierung vorrangig auf freundliche Beratung der Landwirte auf Kosten des Steuerzahlers.

60 % der Flüsse und Bäche in NRW wurden als „erheblich verändert“ eingestuft, hier gelten somit geringere Umweltziele. Maßnahmen zur Verbesserung sollen nur an 2200 km von fast 14.000 km Gewässerstrecke der natürlichen Gewässer (=40%), dass sind ca. 15% umgesetzt werden. Das ist alles andere als ambitioniert.

Wir fordern daher von der zukünftigen Landesregierung klare Zusagen, dass in den nächsten Bewirtschaftungszyklen nachgebessert wird, d.h. mehr Gewässer als natürlich eingestuft werden und der gute ökologischen Zustand, wo immer möglich, früher erreicht wird. Dazu müssen die finanziellen Mittel erhöht und dauerhaft gesichert werden. Vor allem müssen die Finanzierungsinstrumente erhalten und verbessert werden, z.B. das das Wasserentnahmeentgelt und die Abwasserabgabe, die weiterentwickelt werden muss (neue Parameter und echte Messwerte aus geeigneten Misch- oder qualifizierten Stichproben). Zur Verbesserung der Grundwassersituation müssen rigorosere Einschränkungen der Gülle- und Düngemengen verordnet sowie ökologische Landwirtschaft in Wasserschutzgebieten praktiziert werden.

Beispiel Zerschlagung der Umweltverwaltung:

Besonders verheerend war der von Schwarz – Gelb veranlasste personelle Kahlschlag und die Umorganisation der Umweltverwaltung, die Desorientierung, monatelanges Chaos und Demotivierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein erhebliches Vollzugsdefizit verursachte. Vor allem die Überwachung der industriellen und gewerblichen Indirektabwassereinleitungen, für die neuerdings die Bezirksregierungen die Zuständigkeit besitzen, wurde auf ein Minimum heruntergefahren. Dieser Zustand hält bis heute an. So wird von den Behörden bei vielen Gelegenheiten als Begründung für verzögerte Bearbeitungen und Beantwortung von UIG-Anfragen Personalnot, Aufgabenfülle, neue, noch nicht funktionierende Aufgabenverteilung genannt. Welche Folgen mangelnde staatliche Überwachung – gerade im Umweltbereich haben kann, hat uns ja eindrucksvoll der Einsturz des Kölner Stadtarchivs gezeigt.

Wir müssen befürchten, dass die Ankündigung von MP Rüttgers, weitere 12.500 Stellen beim Land zu streichen, vor allem den Umweltschutz trifft – Bildung und Polizei sind ja tabu. Als ob es nicht schon schlimm genug wäre: Das Personal im Umweltbereich wurde teilweise vorzeitig pensioniert, die Standorte der Überwachungslabore landesweit von 8 auf 5 reduziert, es besteht einerseits ein Einstellungsstopp und andererseits ist jede 2. Stelle im LANUV – Labor mit einem „kw“-Vermerk versehen. Das kann und wird nicht funktionieren: Behauptete Synergien treten nicht ein, stattdessen ist Sand im Getriebe, Wissen und Erfahrung gehen verloren und werden nicht weitergegeben, Nachwuchs wird nicht herangebildet. In so einem Verschiebe- und Abbruchbahnhof ist eine effektive Aufgabenwahrnehmung erheblich in Frage gestellt. Realität in NRW nach 5 Jahren Schwarz–Gelb ist somit eine schlechtere und ineffektive Umweltüberwachung. Auch die Kommunen klagen ebenfalls über nicht ausreichendes Personal für die Erledigung der ihnen von den Landesbehörden übertragenden Aufgaben.

Wir fordern daher: Schluss mit dem Personalabbau im Umweltsektor, Einrichtung eines ausreichenden Einstellungskorridors, kritische Evaluation der Verwaltungsreform unter Beteiligung der betroffenen Beschäftigten und die Korrektur offensichtlicher Fehlentscheidungen.

Kontakt: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Merowingerstraße 88, 40 225 Düsseldorf, T. 0211 / 30 200 5-0, www.bund-nrw.de